

Station 1: Staatspolizeileitstelle Dresden der Geheimen Staatspolizei (GeStapo)

Wir sehen von hier die Bayrischen Straße Nummer 16. Diese Straße hieß früher Bismarckstraße und in dem Gebäude der Nummer 16/18, dem ehemaligen „Continental-Hotel“, befand sich bis Februar 1945 die Staatspolizeileitstelle Dresden der Geheimen Staatspolizei, also die Hauptzentrale der Dresdner GeStapo. Diese Leitstelle war für den Gesamtraum Dresden und noch einige weitere Kreise und Städte Sachsens zuständig. Insbesondere das Referat IV B 4 (vorher war es das Referat II B 3) organisierte alle staatspolizeilichen Maßnahmen gegen jüdische Bürger und Bürgerinnen Dresdens, so auch die sog. „Anordnung der 'Schutzhaft'“ für Juden und mit Beginn 1942 die sukzessive Deportation der jüdischen Bürger und Bürgerinnen.

Dem Referat vor stand seit dem Frühjahr 1942 der SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar Henry Schmidt.

An dieser Stelle soll nun auf die politische „Karriere“ des SS-Obersturmführers Henry Schmidt eingegangen werden.

Henry Schmidt wurde 1912 in Chemnitz als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Als einer der ersten trat er bereits 1929 in die Hitlerjugend und schon 1930 in die SA und NSDAP ein. Drei Jahre später folgte der Eintritt in die SS. Nach ersten Tätigkeiten als Hilfspolizist zum Bewachen von Gefängnissen wurde er von der Gestapo angeworben und 1936 zum SS-Untersturmführer befördert. Auf den Einsatz in verschiedenen Staatspolizeistellen in Österreich und Polen folgte die Ausbildung zum Kommissar. 1942 dann der Dienstantritt in Dresden, wo Schmidt ab April

1942 im Gebäude der Gestapo in der Bismarckstraße tätig war.

Mit seiner Familie bezog er die Wohnung der jüdischen Familie Weis in der Schlüterstr. die zuvor vertreiben wurde und umgekommen ist. An die Familie Weis erinnern Stolpersteine des Kölner Künstlers Günter Demnig.

Schmidt organisierte die Registrierung und Deportation der Dresdener Juden vom Juni 1942 bis zum September 1944. Von 375 Deportierten fast alle in Theresienstadt. Die einhundert verbliebenen Dresdner Jüdinnen und Juden wurden durch den Luftangriff am 13.2 gerettet, da das Gestapo Hauptquartier hier in der Bismarckstrasse, mitsamt der Unterlagen zu den Jüdinnen und Juden, zerstört wurde.

Henry Schmidt war einer der brutalen Schläger in dem Dezernat.

Schmidt versuchte zu Kriegsende eine Wehrwolfgruppe aufzubauen, floh aber dann vor der anrückenden sowjetischen Armee. In der DDR lebte Henry Schmidt lange Unerkannt in Altenburg und konnte bis 1977 im VEB Starkstromanlagenbau in Halle arbeiten. Erst 1986 war die jahrelange Fahndung nach ihm erfolgreich und er konnte festgenommen werden. Im September 1987 konnte endlich der Prozess gegen den NS-Täter Henry Schmidt stattfinden, er wurde für seine Gewalttaten und seine Beteiligung an den Deportationen zu lebenslanger Haft verurteilt. Er starb 1996 während einer Haftunterbrechung in einem Pflegeheim.

Station 2: Ehemaliges Hauptgebäude der TH Dresden am Bismarckplatz (heute Friedrich-List-Platz)

Die TH Dresden war schon vor 1933 stark von der Nazi-Ideologie beeinflusst. So unterzeichneten allein 11 Professoren der TH einen Aufruf im Völkischen Beobachter zur Unterstützung der NSDAP bei der bevorstehenden Reichstagswahl.

Auch die Studentenschaft war unter der Regie des NS-Studentenbunds zunehmend von der Naziideologie geprägt. Nachdem schon am 8. März 1933 nach dem Überfall auf eine sozialdemokratische Buchhandlung und Zeitungsredaktion eine erste öffentliche Bücherverbrennung in Dresden stattfand, rief die TH-Studentenschaft am 6./7. Mai 1933 in der NSDAP-Zeitung Freiheitskampf zu einem „Feldzug gegen jüdische, marxistische und liberalistisch-zersetzende Schriften“ auf. Solche Bücher sollten in der Landesbibliothek, der Stadtbibliothek, dem Studentenhaus oder der Bibliothek des Pädagogischen Instituts abgegeben und am 10. Mai an der Bismarcksäule verbrannt werden.

Zum Ablauf heißt es im TU-Archiv: "Wie angekündigt nahmen am Abend des 10. Mai 1933 im großen Saal des Studentenhauses Kommilitonen in SA- und SS-Uniformen Aufstellung. Ebenso waren der Rektor, eine große Zahl Professoren, Abgesandte von Behörden und der Presse erschienen, als der Gauobmann des NS-Reichsverbandes Deutscher Schriftsteller Will Vesper (1882-1962) über die "Zeitenwende in der Dichtung" sprach. Dabei bezeichnete er die "Allerweltsgeistigkeit des internationalen Judentums", die seit Heinrich Heine bestünde, als "die schwerste Gefahr". Nach dieser rassistischen und aufhetzenden Rede sammelten sich die Teilnehmer zu einem Fackelzug, der nach einem etwa dreißigminütigen Fußmarsch wie vorgesehen an der Bismarcksäule endete. Vor dem aus Büchern errichteten Scheiterhaufen hielt der

Vorsitzende der Studentenschaft eine kurze Ansprache, in der er von "der Notwendigkeit der Reinigung des deutschen Volkskörpers von intellektuellem Schmutz" sprach. Von Hunderten Teilnehmern bejubelt und vor laufender Kamera warf dann der Führer des SA-Sturms der Studentenschaft symbolträchtig ausgewählte Bücher in die auflodernden Flammen. Dazu gehörten das Erfurter Programm der SPD, das Kapital von Marx, Bücher von Heinrich Mann und vom Dresdner Erich Kästner, von Ernst Glaeser sowie das Werk des Pazifisten Förster, Emil Ludwigs "Kaiser-Buch", Remarques Roman "Im Westen nichts Neues", ebenso Ausgaben von Kern und Tucholsky. Nach offenbar frenetischem Beifall wurde das Horst-Wessel-Lied gesungen, und die makabere Veranstaltung endete mit einem dreifachen "Sieg Heil!".

Um von den Nazis nicht gewünschte Professoren und Dozenten zu denunzieren, wurde vor dem Gebäude ein Schandpfahl errichtet. Mit dem Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 begannen umfangreiche Überprüfungen des Personals an sächsischen Universitäten und Hochschulen. Ein prominentes Opfer war der Physiker Harry Dember. Der gegen ihn von Nazi-Studenten initiierte Vorlesungsboykott wurde von den meisten Professorenkollegen und von einem ebenfalls angesehenen Fachkollegen der Hochschule sogar gutgeheißen.

Nachdem die Studentenzahlen bis 1936 gesunken waren, stiegen sie ab 1937 wieder an: Rüstungsindustrie und Wehrmacht brauchten Absolventen technischer Fakultäten.

So war auch die Forschung fast aller Fakultäten zunehmend in die Kriegsvorbereitung integriert. Im Mai 1942 waren allein 43 wissenschaftliche Mitarbeiter, Assistenten, Mechaniker und Verwaltungsmitarbeiter unter strengster Geheimhaltung an den Raketenerprobungen in Peenemünde beteiligt.

Nach der Bombardierung Dresdens waren 85% der Gebäude und Anlagen zerstört. Vom Hauptgebäude am Bismarckplatz stand nur noch die Fassade. Am 20. April 1945 wurde ministeriell verfügt, dass die Hochschule Lehre und Forschung einzustellen habe.

Station 3: Sitz der NSDAP-Gauleitung Sachsen, Bürgerwiese 24

Hier, an der Bürgerwiese 24, wo heute Neubauten stehen, befand sich von 1935 bis zur Zerstörung am 13.02.1945 die Gauleitung der NSDAP Sachsen. Mitte März 1933 hatte sie ihren Sitz von Plauen in die Landeshauptstadt nach Dresden verlegt, wo sie sich zunächst in der Grunaer Straße 60 befand.

Die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) wurde 1919 gegründet und 1920 in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) umbenannt, ein Jahr später erfolgte ihre Gründung in Sachsen. Höchste regionale Organisationseinheiten der NSDAP waren die Gaue. Im Freistaat Sachsen waren Land und Gau deckungsgleich. Die Gauleiter wurden von Hitler persönlich ernannt, waren gemäß dem Führerprinzip nur ihm gegenüber verantwortliche „Hoheitsträger“ und hatten das Aufsichtsrecht über alle Parteigliederungen. In Sachsen war Martin Mutschmann, ein Plauener Spitzenfabrikant, seit 1925 Gauleiter.

Ziel der NSDAP war der Wiederaufstieg Deutschlands nach der Niederlage im 1. Weltkrieg, somit die Revision der Festlegungen aus dem Versailler Vertrag, was durch den Kampf gegen das Judentum, den Marxismus und die Demokratie erreicht werden sollte.

In Sachsen war die NSDAP bereits bei der Landtagswahl 1930 hinter der SPD zur zweitstärksten Partei aufgestiegen. Sie fasste – ausgehend von der Region zwischen Chemnitz und Plauen - zuerst in den mittleren und kleinen Städten Fuß und breitete sich auf die Dörfer aus. 1930 hatte sie bereits 11800 Mitglieder – fast dreimal soviel wie im Januar 1929. 1932 gab es bereits 780 NSDAP-Ortsgruppen in Sachsen. Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 erzielte sie 41,2 % der Wählerstimmen in

Sachsen. Wahlanalysen verdeutlichen, dass sich die NSDAP ab 1930 zu einer „Volkspartei des Protestes“ entwickelte, die ihre Wählerschaft in allen sozialen Schichten fand. Der Mittelstand blieb zwar weiterhin überrepräsentiert, doch ein Viertel der Wähler waren Arbeiter.

Im Mai 1933 wurde Mutschmann zum Reichsstatthalter für Sachsen ernannt, knapp zwei Jahre später übertrug ihm Hitler auch die Führung der Landesregierung, so dass er als Gauleiter, Ministerpräsident und Reichsstatthalter fast uneingeschränkt über Partei und Staat herrschen konnte. Sein Handeln war von fanatischem Antisemitismus, Hass auf politische Gegner und dem großen Hang zu persönlichen Willkürakten geprägt. So sorgte er persönlich für die Vernichtung der beruflichen Existenz des Romanisten Victor Klemperer. 1935 veranlasste er die Überstellung von 19 Pfarrern der evangelischen Bekennenden Kirche ins KZ Sachsenburg.

Stellvertretender Gauleiter und sächsischer Innenminister war der aus Hof in Oberfranken stammende Karl Fritsch. 1922 trat der damals 21-jährige der NSDAP bei und gründete in seinem Studienort Erlangen und seiner Heimatstadt Hof Ortsgruppen der Partei. 1927 holte ihn Martin Mutschmann als Gaugeschäftsführer nach Plauen. Ab 1928 war er stellvertretender Gauleiter und ein Jahr später wurde er in den sächsischen Landtag gewählt. Als gerade eingesetzter sächsischer Innenminister reichte er im Mai 1933 beim sächsischen Landtag ein sogenanntes Ermächtigungsgesetz ein, womit das sächsische Parlament der Regierung die Vollmacht erteilte, Landesgesetze selbständig beschließen zu können. Damit war die nationalsozialistische „Gleichschaltung“ mit dem Reich vollzogen. In den folgenden Wochen wies er das Verbot bzw. die Auflösung zahlreicher Vereine und

Verbände, wie des Arbeiter-Sport-Kartells und des Sozialistischen Studentenbunds, an. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums setzte er konsequent um, so dass zum Beispiel im Innenministerium bis Ende 1933 etwa 1000 Mitarbeiter aus politischen oder rassistischen Gründen entlassen wurden. Entlassungen auf der Grundlage dieses Gesetzes fanden auch in anderen Ministerien, wie dem für Volksbildung und für Justiz statt.

Fritschs Antisemitismus äußerte sich zum Beispiel in seiner Aufforderung an die sächsischen Kreis- und Amtsleute, das in Plauen, Leipzig und Dresden ausgesprochene Verbot für Juden, öffentliche Schwimmbäder zu besuchen, konsequent umzusetzen. Nach einem Besuch in der Heil- und Pflegeanstalt Leipzig-Dösen im Januar 1940 ordnete er an, dass die jüdischen Mitarbeiter und Patienten „blaue Armbinden mit einem gelben Davidstern“ tragen sollten.

Bei der Umsetzung der sogenannten T4-Aktion gegen geistig Behinderte spielte Karl Fritsch eine herausgehobene Rolle und trug entscheidende Verantwortung für die Ermordung von etwa 15000 Menschen allein in Pirna-Sonnenstein.

Nach Affären und Korruptionsvorwürfen wurde er Anfang 1943 von seinem Amt als Innenminister entbunden und zur Waffen-SS eingezogen. Am 22.04.1944 nahm er sich in Dresden das Leben.

Am 8. Mai 1945, als Dresden schon fast völlig von Einheiten der Roten Armee eingeschlossen war, setzte sich Mutschmann ins Erzgebirge ab, wurde am 16. Mai 1945 von Antifaschisten in Tellerhäuser verhaftet und anschließend den sowjetischen Behörden übergeben. Da die Westalliierten seine von der Sowjetunion vorgeschlagene Überstellung

an das Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal ablehnten, wurde er nach Moskau gebracht, dort umfangreich vernommen und nach Erstellung einer Anklageschrift vor Gericht gestellt. Schwerpunkte waren dabei die Judenverfolgung, die Euthanasieverbrechen, die Verfolgung politischer Gegner sowie Kriegsverbrechen gegen sowjetische Bürger und die Sowjetunion. Im Januar 1947 fand der Prozess statt. Mutschmann wurde zum Tod durch Erschießen verurteilt. Am 14.2.47 wurde das Urteil vollstreckt.

Die Biographien sowohl von Mutschmann als auch von Fritsch belegen exemplarisch die Verquickung von Partei- und Staatsämtern im Nationalsozialismus.

Quellen:

Landeshauptstadt Dresden (Hg.): Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens 1945, Dresden 1994.

Pieper, Christine, Schmeitzner, Mike: Karl Fritsch, stellvertretender Gauleiter und sächsischer Innenminister, in: Braune Karrieren, Dresdner Täter und Akteure im Nationalsozialismus, Dresden 2012.

Schmeitzner, Mike: Martin Mutschmann und Manfred von Killinger – „Die Führer der Provinz“, in ebd.

Schmeitzner, Mike: Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, Beucha und Markkleeberg 2011.

Vollnhals, Clemens: Der gespaltene Freistaat: Der Aufstieg der NSDAP in Sachsen, in: Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002.

Wagner, Andreas: Partei und Staat. Das Verhältnis von NSDAP und innerer Verwaltung im Freistaat Sachsen 1933 – 1945, in: ebd.

<http://www.archiv.sachsen.de/archive/dresden/1254.htm> (zuletzt geprüft am 07.01.13)

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2005-2-123> (zuletzt geprüft am 07.01.13)

<http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/gaue/index.html> (zuletzt geprüft am 07.01.13)

Station 4: Hygienemuseum Lingnerstr. 1

Wir stehen hier vor dem Hygienemuseum Lingnerstr. 1, das wohl den meisten von Ihnen durch seine vielfältigen Ausstellungen und Veranstaltungen gut bekannt ist. Lassen Sie mich trotzdem einige Worte zu der Geschichte der Einrichtung sagen.

Das Museum wurde konzeptionell 1912 von dem Odol-Fabrikanten Lingner ins Leben gerufen, nachdem 1911 die erste Internationale Hygieneausstellung mit 5 Millionen Besuchern als beachtlicher Erfolg verbucht werden konnte.

Die Verbesserung der gesundheitlichen Lebensbedingungen in den industrialisierten Großstädten war in den Fokus der Öffentlichkeit geraten und Lingner beteiligte sich in Dresden tatkräftig an der Durchführung diesbezüglicher Pläne für die Schaffung öffentlicher sanitärer Einrichtungen, Schulzahnklinik, Säuglingsfürsorge und Schulneubauten. Sein Geld vermachte er testamentarisch dem Hygienemuseum als Ort der Aufklärung über Gesundheitsvorsorge.

Aber es kam anders, als er es wohl gewünscht hatte. Die Nazis erstarkten und mit ihnen ihre Ideologie der Rassenbiologie und Eugenik. In der Ärzteschaft fanden die Ideen der sogenannten „Volks Gesundheit“ starken Anklang, etwa 45% der Ärzte waren Mitglieder der NSDAP. In diesem Denken war auch kein Platz für Individualität und Abweichung, „der Einzelne ist nichts, das Volk ist alles“ war die oberste Maxime. . . Von dieser Abwertung des Individuellen war es nicht weit bis zur Verachtung des einzelnen Menschen oder ganzer Menschengruppen und schließlich zu deren Vernichtung. Rassismus und Biologismus wurden mit pseudowissenschaftlichen Mitteln zur Staatsideologie erklärt. Das Hygienemuseum in Dresden wurde zum Ort ihrer Entwicklung und Verbreitung.

Hier wirkte in diesem Sinne der Leiter der Ärztekammer Dr. Ernst Wegner. Er war eingesetzt worden von dem „Reichsärztführer“ Gerhard Wagner. Wegner hatte sich bereits als jugendlicher Soldat den Ideen des Nationalsozialismus verschrieben und am Kapp-Putsch teilgenommen. Er hatte eine steile Karriere und übte verschiedene Funktionen aus:

- Staatskommissar für Gesundheitswesen im sächs. Innenministerium
- Rektor der Staatsakademie für Rassenhygiene
- Leiter des Gauamtes für Volksgesundheit
- Amtsleiter der kassenärztlichen Vereinigung Dresden
- Leiter der Akademie für ärztliche Fortbildung am „Rudolf-Heß-Krankenhaus“
- Reichstagsabgeordneter

Für fast alle diese Funktionen hatte er Räume im Deutschen Hygienemuseum (DHM).

Wegner war der entscheidende Mann im DHM, gegen den selbst der Geschäftsführer Seiring, der noch von Lingner eingesetzt war, streckenweise machtlos war.

Mit seiner 1934 erschienenen Schrift „Rassenhygiene für jedermann“ hatte er in Zusam-

menspiel mit anderen einen Grundstein gelegt für die Akzeptanz der Verbrechen vieler seiner Kollegen an unschuldigen Menschen.

Doch was verstanden die Nazis unter „Rassenhygiene“ ?

Alles was nicht in die Fiktion eines gesunden und vermeintlich „reinrassigen deutschen Volkes“ passte, sollte durch

Zwangsterilisierung und organisierten Mord, mit dem Begriff Euthanasie verharmlost, ausgeschaltet werden.

. Der Mord an über 13.000 Menschen mit Behinderungen und 1000 KZ-Häftlingen fand in der psychiatrischen Klinik Sonnenstein, nur 20 Kilometer von hier entfernt , statt

.
Ärzte wie Wegner legitimierten diese Verbrechen, Ärzte wie Wegner bereiteten hierfür den Boden. In seinen eigenen Worten:: „Nur weil die Rassenfragen unterschätzt wurden und in den Gelehrtenstuben verstauben, konnten Andersrassige und Juden an die Herrschaft kommen.“

Wegner hätte nicht so erfolgreich wirken können, hätte er nicht so willige Mitarbeiter gehabt. So wurde nach dem Krieg z.B. auch Tschakert, der Schöpfer des berühmten gläsernen Menschen, als fanatischer Nazi und Denunziant entlarvt.

Das DHM, das 1930 sein festes Haus bezogen hatte, profitierte durch die Ausstellungstätigkeit und die Lehrmittelproduktion, also durch die direkte Beteiligung an der Nazipropaganda auch finanziell. Das Deutsche Hygienemuseum war ein wichtiger Ort zur Verbreitung der NS-Rassenbiologie, das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurde durch den Abteilungsleiter im DHM Hermann Vellguth vorangetrieben. Insbesondere die Wanderausstellung des DHM propagierte Rassenbiologie, zwischen 1933 und 1945 sahen über 10 Millionen Menschen im In- und Ausland

dieses Machwerk.

Mit diesem kurzgefaßten Beitrag wollen wir daran erinnern, dass die Täter der schlimmsten faschistischen Verbrechen nicht nur in den KZ wirkten, sondern eben leider auch in Dresden.

Station 5: Synagoge

Der Grundstein für die erste Dresdner Synagoge der Neuzeit wurde am 21. Juni 1838 gelegt, in einer Zeit, in der die Gemeinde und auch das Selbstbewusstsein, mit der Juden an der Gesellschaft teilzunehmen stetig wuchs. Die damaligen Verhandlungen über einen kostenfreien Standort der Synagoge mit dem Rat der Stadt zeugten von der Tatsache, wie schwer man sich trotz alledem in Dresden tat, die jüdische Gemeinde zu respektieren. Nach etlichen Verhandlungen kaufte die Gemeinde, trotz misslicher finanzieller Lage, letztendlich dieses Gartengrundstück des Stadtrates und Lederhändlers Jädicke, welches zur damaligen Zeit durch die umstehenden Bauten nur schwer zugänglich war und kaum eingesehen werden konnte¹. Für die nun entstehende Synagoge entwarf Gottfried Semper (1803-1879) sowohl die Pläne für die innere als auch die äußere Gestaltung. Semper, der auch die nach ihm benannte Oper und den Abschluss des Zwingers entwarf, zwei Wahrzeichen des neuen wie alten Dresdens, orientierte sich hier an orientalisch-byzantinische Kuppelbauten. Bereits nach zwei Jahren (08.05.1840) weihte die jüdische Gemeinde die Synagoge ein. (Bilder zeigen von der alten Synagoge)

Kaum 100 Jahre später, in der Reichsprogromnacht (09.11.1938), zerstörten Nationalsozialisten das Gotteshaus. Der Oberbürgermeister äußerte sich in der Tageszeitung der NSDAP ("Freiheitskampf") zufrieden darüber, dass "das Symbol des rassistischen Erbfeindes endgültig ausgelöscht sei"². In der Stadtchronik von 1938 findet man hierzu folgenden Eintrag: "Brand: In der Nacht zum 10.11. brach in der Synagoge Feuer aus, daß das Gebäude bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte"². Die Feuerwehr war angehalten nur die umliegenden Bauten zu schützen.

Am Morgen des 10. Novembers versammelten sich Hunderte von Menschen auf dem Zeughausplatz und schauten mit teils entzückten Gesichtern auf die Überreste der Synagoge und auf das makabre Schauspiel der Gestapo, die Gemeindemitglieder und Mitarbeiter der jüdischen Gemeinde vorführten und wertvolle Gegenstände der Gemeinde raubten.

Bereits am 12.11. wurde die Brandruine am Zeughausplatz durch die "Technische Nothilfe" gesprengt. Der Schutt wurde schnellstmöglich abtransportiert, sodass in nur wenigen Tagen nichts mehr vom jüdischen Gemeindeleben in Dresden sichtbar war. (Bilder zeigen von der Sprengung, Lehrfilm des techn. Hilfswerkes?). Lediglich einer der Davidssterne, welche von den Feuerwehrleuten vor der Sprengung von den Türmen der Synagoge demontiert wurden, wurde durch einen von ihnen (Alfred Neugebauer) versteckt und konnte so gerettet werden. Diesen findet man im Bau der heutigen Synagoge wieder.

Bevor jedoch der Grundstein für die Neue Synagoge Dresden an fast der gleichen Stelle gelegt wurde (21.06.2000), spielte sich das Gemeindeleben bis in die 90er Jahre in der Fiedlerstraße 3. Dort wurde die Leichenhalle des Friedhofs zur Synagoge umgebaut, in der die sehr kleine Gemeinde, die sich nach der Shoa wieder zusammen fand, ihre Gottesdienste abhielt. (Bilder zeigen von der kleinen Synagoge) Die kleine Synagoge dort bot lediglich für 110 Menschen Platz und so entschloss man sich, nachdem sich die Mitgliederzahl der Religionsgemeinde durch den Zuzug nach dem Fall der Mauer stark erhöht hatte, zum Bau der Neuen Synagoge Dresden, die am 09.11.2001 eingeweiht wurde.

(Vielleicht) noch ein paar Sätze zum Bau der heutigen Synagoge:

Zu diesem Zeitpunkt, wie bereits zu Sempers Zeiten, stellte sich die Frage nach dem Aussehen des Gotteshauses, denn der Prototyp eines Synagogenbaus fehlt. Die Saarbrücker Architekten Wandel Hofer Lorch + Hirsch, die die Neue Synagoge realisiert haben (und dafür 2002 den Preis einer renommierten internationalen Architekturzeitschrift "world architecture" erhielten³), bedienten sich hierbei der Idee der zwei ursprünglichen Orte jüdischer Gottesdienste: dem Zelt, welches ein Provisorium war, um jeder Zeit auf- und abgebaut werden zu können und schließlich der Tempel, der als festes Gotteshaus eine Dauerhaftigkeit besaß. So verkörpert der feste Teil der Neuen Synagoge, der sich kontinuierlich nach Osten dreht - Richtung Jerusalem, den Tempel. Im Inneren jedoch befindet sich das eigentliche Gotteshaus, welches durch einen bronzenen Metallvorhang, der von der Decke hängt, den rituellen Raum bildet und an das Stiftzelt erinnert. Das Stiftzelt war ein Provisorium, das die zentralen Heiligtümer, wie die Bundeslade während der Wanderschaft und vor dem Bau des ersten Tempels beherbergte. Das angedeutete Zelt im Inneren repräsentiert somit auch ein Abbild des Exils, der Verfolgung und der Fragilität. Das Gemeindehaus, das als zweites Gebäude auf diesem Grundstück steht und ebenso neu erbaut wurde, bildet durch seine räumliche Trennung von der Synagoge eine Schnittstelle zwischen Gemeinde und der Öffentlichkeit. Durch das Café aber auch durch seine gläserne Front gewährt die Gemeinde nicht nur bildlich Einblicke in das Innenleben ihrer Gemeinde. Verbunden sind beide Gebäude durch den Innenhof, welcher als leerer Raum, den Standort der alten Synagoge aufzeigt.

6. Elbufer (Aufmarschplatz)

Der von hier zu sehende Abschnitt des Königsufers zwischen Carola- und Augustusbrücke wurde von Stadtbaurat Paul Wolf zwischen 1933 und 1938 für Kundgebungen und Aufmärsche der Nazis konzipiert. Wolf trat 1933 in die NSDAP ein und führte seine Karriere bis 1945 ungehindert fort.

In der Planung bezeichnete Wolf diesen Raum als Platz für nationale Kundgebungen, und tatsächlich diente er zahlreichen Massenveranstaltungen. So etwa gelobten hier einen Tag nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 mehrere tausend Menschen ihre Treue gegenüber ihrem "Führer" und dem NS-Regime. Original erhalten haben sich aus der Bauzeit die beiden Säulenbasen der Fahnenmasten die die Tribüne ursprünglich rahmten.

Heute erinnert nichts an die propagandistische Nutzung des Elbufers während der NS-Zeit. Im Sommer wird es für Kulturveranstaltungen genutzt und im Dezember 2010 "feierte" sogar die Bundeswehr unter Fackelschein ihre 20 Jährige Präsenz in Dresden.

Station 7: Adolf-Bauer-Kartonagen, Neue Gasse (Zwangsarbeit)

Wir stehen hier an dem Ort, wo sich ehemals die Firma Adolf-Bauer-Kartonagen befand.

Es war ein Ort von vielen, an dem in Dresden Juden, Ausländer und Kz-Insaßen zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Diese fand in 140 Firmen, vorrangig in Großbetrieben, die Rüstungsgüter herstellten, aber auch in Kleinbetrieben und sogar in Einheiten, die der Stadtverwaltung unterstanden, statt. Dazu gab es in Dresden und Umgebung etliche Zwangsarbeiterlager, aber auch Außenstellen z.B. des KZ Floßenbürg. Eine Studie "Zwangsarbeiter in Dresden" von W. Wiesner und R. Balzk von 2004 führt 205 Lager auf.

Die Firma Bauer befand sich damals nahe des Stadtzentrums in der Neuen Gasse. Sie lag parallel zur Zirkusstraße. Sie existiert heute nicht mehr. Die Fabrik wurde bei den Bombenangriffen im Februar 1945 zerstört.

Henny Brenner, eine aus Dresden stammende Jüdin, arbeitete gemeinsam mit ihrer Mutter in der Fabrik und traf dort unter anderem auch auf Victor Klemperer. Ihre Aufgabe war es, Salbendosen für Apotheken herzustellen. Auf der Arbeitskleidung musste der gelbe Judenstern getragen werden. Außerdem eine gelbe Binde, damit die jüdischen Mitarbeiter auch von hinten zu erkennen waren.

Die Arbeit erfolgte im Akkord, Tag- und Nachtschicht wechselten sich ab.

Henny Brenner beschreibt auch, wie immer wieder Leute aus der Fabrik abgeholt wurden und sie nie wieder von ihnen hörte. Wieder

andere wurden in andere Betriebe versetzt.

(Sie schreibt:) „Wir lebten in der ständigen Angst, die nächsten zu sein, die sie abholen kamen. Die Angst war unbeschreiblich, sie hat uns fast verrückt gemacht. Wir waren vollkommen der Willkür der Nazis ausgesetzt, denn für uns war überhaupt keine Systematik in den Aussortierungen erkennbar.“

Ihr Überleben verdankt Henny Brenner den Bombenangriffen auf Dresden und dem darauf folgendem Chaos, das es ihr ermöglichte, sich mit ihrer Mutter bis zum Kriegsende zu verstecken. Sie hatte bereits die Aufforderung erhalten, sich am Morgen des 16.02.45 in der Zeughausstraße zum Abtransport zwecks auswärtigen Arbeitseinsatzes einzufinden.

Station 8: Oberlandesgericht Sachsen (Justizpalast)

Wir halten hier in der Nähe der Stelle, an der sich bis zu seiner Zerstörung am 13. Februar 1945 das Oberlandesgericht befand. Vom gesamten Areal der Pirnaischen Vorstadt blieb nur ein bis auf die Keller zerbombtes Trümmerfeld. Nach der Trümmerbeseitigung sind dort in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts Wohnbauten errichtet worden. Sie prägen das Bild an der Pillnitzer Straße.

Zum „Justizort Dresden“ gehörten

- ⊗ das Oberlandesgericht (OLG) Dresden in der Pillnitzer Straße ,
- ⊗ das Landgericht am Münchner Platz und die mit dem Landgericht verbundene Richtstätte
- ⊗ die Gefangenenanstalt I am Münchner Platz
- ⊗ und die Gefangenenanstalt II in der Mathildenstraße 59“.

Die Gerichtsgebäude wurden außerdem von verschiedenen Sondergerichten, z.B. von Militärgerichten und dem Volksgerichtshof (VGH) zur Aburteilung von Gegnern des Faschismus, denen Fahnenflucht, Hoch- und Landesverrat vorgeworfen wurde, genutzt.

Schon die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933" (auch "Reichstagsbrandverordnung" genannt) diente dazu, Gegner – vor allem die Kommunisten und Sozialdemokraten – auch ohne Gerichtsverfahren hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Auf der Grundlage des „Ermächtigungsgesetzes“ beseitigten die Faschisten eine Rechtsprechung auf der Grundlage des bis dahin geltenden Rechts und der Verfassung. Sie ersetzten sie durch Rassenideologie, Herrenmenschentum, Antisemitismus und Antikommunismus. Sie Zentralisierten die Rechtssprechung, „säuberten den Justizapparat“ von nicht arischen Elemente und verpflichteten die Richter auf das Führerprinzip.

Die Faschisten fanden in der überwältigen Mehrheit der Dresdener Richterschaft willfährige Vollstrecker des faschistischen Justizunrechts. In Dresden begann nicht nur die Bücherverbrennung, sie setzte sich fort in über 1300 Todesurteilen durch das Fallbeil in der Richtstätte am Münchner Platz, in tausenden Urteilen über langjährige Haftstrafen und in der Deportation in die Konzentrationslager. Ohne Rechtsgrundlage folterte die Gestapo und ermordete unzählige Menschen. In Dresden wurden Menschen aus 12 europäischen Ländern Opfer der faschistischen Blutjustiz.

Es reicht nicht der Platz und die Zeit all die Täter zu nennen, die als Richter in Dresden Todes- und Terrorurteile gegen Gegner des Faschismus aber auch für Bagatelvergehen verhängten.

Genannt werden aber muß:

Otto Georg Thierack: Seit 1. August 1932 Mitglied der NSDAP. Nach seiner Tätigkeit als Staatsanwalt und seit Mai 1933 sächsischen Justizminister wurde er Präsident des Volksgerichtshofs. Danach wurde er Reichsministers der Justiz und Präsident der Akademie für Deutsches Recht. In diesen Funktionen war er verantwortlich für die Ermordung von KZ-Häftlingen im Rahmen der von ihm geprägten Aktion „Vernichtung durch Arbeit“. Er entzog sich 1945 einer gerechten Strafe durch Selbstmord.

Im Buch „Braune Karrieren“ werden außerdem als willige Akteure genannt:

Heinrich von Zeschau: Ankläger beim Volksgerichtshof

Heinrich (Heinz) Jung: Sachsens Generalstaatsanwalt

Alfred Häbler, Günther Jahn und Rudolf Fehrmann als Heeresrichter

Es ist eine schwer verständliche Tatsache, dass die Mehrzahl der Richter, die in Dresden Todesurteile im Interesse des Faschismus gefällt haben, dafür nie zur Rechenschaft gezogen wurden. Sie haben in der alten Bundesrepublik ihre Karriere fortgesetzt. Als Beispiele seien genannt:

Als Vorsitzender des Sondergericht wirkte in Dresden E. Nitzsche (seit 1933 Mitglied der NSDAP): Er wurde 1945 Oberlandesgerichtsrat in Oldenburg

Landesgerichtsrat Dr. Schmole verhängte das Todesurteil 1943 gegen Ilse Wagner wegen antifaschistischer Tätigkeit. Nach 1945 wurde er Landesgerichtsrat in Hannover

Heinrich von Zeschau: Beim Volksgerichtshof verantwortlich für die Bekämpfung „nichtmarxistischen“ Hochverrats. Ab 1954 als Landgerichtsrat beim Landgericht Ulm tätig.

Vielleicht erklärt das, warum sich nach der Hilfe der BRD 1990 für die sächsische Justiz, die Richter hierzulande mit dem Kampf gegen den Neofaschismus so schwer tun.

Verwendete Literatur:

Internetdokumentationen zu „Braune Karrieren“ und über faschistische
Führungsgrößen

Gerhard Lehmann: Politik und Justiz – Die nationale und internationale
Dimension des Wirkens des Dresdner Landgerichts

Gerhard Lehmann: Was war und was ist – Die Mahn und Gedenkstätte
am Münchner Platz in Dresden

Station 9: Landgerichtsgefängnis „Mathilde“

Hier an der Ecke Pillnitzer Str/Rietschelst. erinnert seit 1975 in tschechischer und deutscher Sprache ein von Johannes Peschel geschaffene Stele an die „Mathilde“. Sie erinnert am historischen Ort an ein berüchtigtes Dresdner Gefängnis und seine Insassen in faschistischer Zeit. An der Stele ist das Zeichen der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer FIR angebracht. Denn im Gefängnis Mathildenstraße wurden Tausende Deutsche und Tschechoslowaken Opfer des faschistischen Terrors.

Von 1878 bis in die Weimarer Republik als Landgerichtsgefängnis genutzt, wurde das Gebäude zunächst 1933 als ‚Schutzhaftlager‘ eingerichtet. Es diente danach bis zum Ende des NS Regimes als Untersuchungshaftanstalt. In der „Mathilde“ waren sowohl politische Gegner des Naziregimes als auch Dresdner Juden sowie eine Vielzahl von Tschechen inhaftiert. Die Häftlinge dieses Gefängnisses arbeiteten von 1941 bis 1945 auch für die Rüstungsindustrie. Am 13./14. Februar fanden mehr als 400 Gefangene während des Bombenangriffs den Tod.

Wir könne uns nur schwer vorstellen, wenn davon die Rede ist: Hinter den dicken Bauwerksmauern herrschte der Geist des Faschismus. Da war nichts zu spüren von der so oft beschworenen missbrauchsverhindernden Rolle der Judikative in der Gewaltenteilung, von der Unabhängigkeit ihrer Repräsentanten. Hier war die NS-Justiz, hier herrschte der Nazigeist.

Wenn wir heute unserer historischen Verantwortung gerecht werden wollen, dann bedeutet das:

- ⊖ Die Dresdner Gedenkkultur lebendig halten und in geeigneter Weise die Bürger mit den antifaschistischen Gedenkstätten vertraut zu machen
- ⊖ Uns selbst intensiver mit den Hintergründen und Triebkräften der Geschichte auseinander zu setzen.
- ⊖ Nach Wegen zu suchen, wie Geschichtsbewusstsein zu bewusstem Handeln in der Gegenwart führen kann.
- ⊖ Sich überall und mit Engagement Tendenzen und Erscheinungen des Neofaschismus, Rassismus, der Ausländerhetze und Intoleranz entgegenzustellen.

Julius Fucik, tschechischer Schriftsteller, Journalist und Kulturpolitiker, zum Tode verurteilt 1943 wegen Hochverrats durch den Volksgerichtshof des Roland Freisler, hingerichtet in Berlin-Plötzensee, hat uns die Mahnung hinterlassen:

Es gibt weder namenlose Opfer noch namenlose Täter.

Die Täter aus der Anonymität in die Öffentlichkeit zu bringen, ist unser Anliegen.

Station 10: Henriettenstift/Judenhäuser

In der Günzstraße befand sich seit 1852 ein von Wilhelm Schie gestiftetes Asylhaus für Familien. Später wurde es als Altersheim genutzt und von den Nationalsozialisten in ein sogenanntes „Judenhaus“ umgewandelt.

Dem am 30. April 1939 in Kraft getretenen „*Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden*“, das den Mieterschutz für Juden aufhob und Juden verpflichtete, wohnungslose Juden bei sich aufzunehmen, folgte ab Herbst 1939 die Konzentration von Juden in sogenannten „Judenhäusern“. Es waren zunächst 37 Judenhäuser in Dresden bekannt. Durch die „*Verordnung über die reinliche Scheidung zwischen Juden und Ariern in Dresden*“ von 1940 wurden Juden, die noch eigene Wohnungen innehatten, gezwungen, bis zum 31. März 1940 auszuziehen und sich Platz in den verbliebenen 32 Judenhäusern zu suchen.

Die im Henriettenstift zusammengefassten Jüdinnen und Juden mussten vertraglich der Heimunterbringung zustimmen und dem NS Staat ihr Vermögen überlassen. Als Dokument der Zeit zitiere ich hier aus einem dieser „Heimeinkaufsverträge“ dem über 65 Jahre alte Juden und Jüdinnen zustimmen mussten.

Heimeinkaufsvertrag Nr. 262

Fräulein Gertrud Sara Meyer erkennt folgendes an:

„Da der Reichsvereinigung die Aufbringung der Mittel für die der gemeinschaftlichen (in theresienstadt) unterzubringenden, auch der hilfsbedürftigen, Personen obliegt, ist es Pflicht aller der für die Gemeinschaftsunterbringung bestimmten Personen, die über Vermögen

verfügen, durch den von ihnen an die Reichsvereinigung zu entrichtenden Einkaufsbetrag nicht nur die Kosten ihrer eigenen Unterbringung zu decken, sondern darüber hinaus soweit als möglich auch die Mittel zur Versorgung der Hilfsbedürftigen aufzubringen.

In die Gemeinschaftsunterbringung können nur Gegenstände nach Maßgabe behördlicher Weisung eingebracht werden.

Mit Abschluss des Vertrages wird die Verpflichtung übernommen, dem Vertragspartner auf Lebenszeit Heimunterkunft und Verpflegung zu gewährleisten, die Wäsche waschen zu lassen, ihm erforderlichenfalls ärztlich und mit Arzneimitteln zu betreuen und für notwendigen Krankenhausaufenthalt zu sorgen.

Das Recht der anderweitigen Unterbringung bleibt vorbehalten

Aus einer Veränderung der gegenwärtigen Unterbringungsform kann der Vertragspartner keine Ansprüche herleiten.

Der Einkaufsbetrag geht mit der Leistung in das Eigentum der Reichsvereinigung über.

Ein Rechtsanspruch auf Rückzahlung dieses Betrages besteht, auch beim Tode des Vertragspartners oder bei einer Aufhebung des Vertrages aus sonstigen Gründen, nicht.“

Am 14. Juli 1942 fand der Abtransport der 47 Bewohner_innen aus dem Henriettenstift statt . Nur zwei Frauen sind bekannt, die aus dieser Gruppe überlebt haben.

